



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN IRLAND

DUBLIN 4, den 15. März 1978
6, Ailesbury Road

Ref.: P.B. Nr. 2 - AM/ob

en					a/a
Datum					11. APR. 1978
Von					<i>[Signature]</i>
EPD					11. APR. 1978
Ref. p. A. 21. 31.					<i>Dublin</i>

Zusammenfassung

Neues Tief in den irisch-
britischen Beziehungen.

Die irisch-britischen Beziehungen haben sich neuerdings wieder erheblich verschlechtert. Auf die recht selbstbewussten Beteuerungen des britischen Staatssekretärs für Nordirland, Roy Mason, dass seine Sicherheitspolitik erfolgreich sei und zu einem beachtlichen Rückgang des IRA-Terrorismus geführt habe, antwortete die IRA mit dem grauenhaften Bombenanschlag auf das Belfast Restaurant "Le Mon", der 12 Tote und Dutzende von Verletzten forderte.

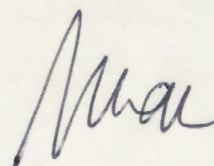
In der daraufhin im britischen Unterhaus durchgeführten Sicherheitsdebatte über Nordirland warf Mason der irischen Regierung vor, bei der gemeinsamen Bekämpfung des IRA-Terrorismus eine laxer Haltung einzunehmen. Die konkreten Anschuldigungen, die er erhob, führten in Dublin in der Öffentlichkeit zu heftigen und gereizten Reaktionen. Das Aussenministerium unternahm den ungewöhnlichen Schritt, alle Missionschefs zur Entgegennahme einer offiziellen Erklärung zusammenzurufen. Die im britischen Parlament gemachten Anwürfe wurden vom Leiter der Nordirland-Abteilung des Aussenministeriums Punkt für Punkt widerlegt. Das gemeinsame Communiqué der Begegnung der beiden Regierungschefs Lynch und Callaghan im September 1977 stellte ausdrücklich das gute Funktionieren der gemeinsamen Sicherheitsmassnahmen fest. Bis zum

./.

- 2 -

Auftritt Masons habe Grossbritannien nicht die geringsten Zeichen von Unzufriedenheit erkennen lassen. Die Republik leiste ihr möglichstes, ein mehreres sei ihr nicht möglich, sie stehe gut und mir reinem Gewissen da.

Der Schweizerische Botschafter

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Aman', written in a cursive style.

(Aman)



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN IRLAND

DUBLIN 4, den 15. März 1978
6, Ailesbury Road

Ref.: P.B. Nr. 2 - AM/ob

Neues Tief in den irisch-britischen Beziehungen

Das Radiointerview, das der irische Premier Lynch im Januar über das Nordirland-Problem gab und das dazu führte, dass die vom britischen Staatssekretär für Nordirland, Roy Mason, in Belfast mit den Parteien aufgenommenen politischen Gespräche auf Betreiben der protestantischen Unionisten abgebrochen wurde, hatte, wie ich Ihnen berichtete, zu Spannungen im irisch-britischen Verhältnis geführt. In diese plötzlich getrübe Atmosphäre hat Mason eines seiner nicht immer glücklichen Statements abgegeben, wonach seine Sicherheitspolitik erfolgreich und die IRA-Terroristen weitgehend niedergeworfen seien. Die IRA reagierte mit einem Bomben-Brandanschlag gegen das Belfaster Restaurant "Le Mon", der 12 Todesopfer und Dutzende von Verwundeten forderte.

In der daraufhin auf den 6. März anberaumten Sicherheitsdebatte im britischen Unterhaus hat Staatssekretär Mason, eifrig sekundiert vom Sprecher für Nordirland der Tory Opposition, Neave, Erklärungen abgegeben, die in Dublin zu heftigen und gereizten Protesten führten. Mason beschuldigte die irische Regierung, in der gemeinsamen Bekämpfung des IRA-Terrors im Norden eine laxer Haltung einzunehmen. Im einzelnen erklärte er, dass es IRA-Terroristengruppen gebe, die Anschläge im Süden planten, die Grenze in den Norden überschreiteten und sich nach vollbrachter Untat wieder in die Republik zurückzögen, wo sie die Verletzten pflegten, sich regroupierten und neu ausrüsteten. Es müsse angenommen werden, dass sich die IRA-Terroristen, die das grauenvolle

- 2 -

Le Mon Massaker verübten, jetzt in der Republik aufhielten. Die Republik stelle für die Terroristen auch insofern einen "sicheren Hafen" dar, als die irischen Gerichte deren Auslieferung in den Norden konsequent ablehnten. Ein grosses Quantum der von der IRA benützten selbstgemachten Explosivstoffe stamme aus der Republik und viele der verwendeten Waffen (u.a. das neuerdings zum Einsatz gelangende amerikanische M 60 Maschinengewehr) würden im Transit durch Irland eingeschleust. Die Behauptung des irischen Premiers Lynch, dass von allen Terrorakten in Nordirland nur 2 % in eine direkte Beziehung zur Republik gebracht werden könnten, sei falsch.

Die britischen Anschuldigungen wurden hier als dermassen weitgehend und schwerwiegend erachtet, dass sich das Aussenministerium zu dem ungewöhnlichen Schritt veranlasst sah, alle Missionschefs für eine Erklärung des Leiters der Nordirland-Abteilung, X, ins Aussenministerium zu beten.

X bemerkte einleitend, dass Irland nicht an Propaganda oder Publizität, sondern nur an der Feststellung der Wahrheit interessiert sei. Zu den Anschuldigungen des britischen Staatssekretärs führte er im wesentlichen folgendes aus. Mason habe nicht den geringsten Beweis dafür erbracht, dass sich die Le Mon Mörder in der Republik aufhielten. Die Grenze werde von der irischen Polizei und der Armee genauestens überwacht und die Frage dränge sich auf, wie es möglich wäre, nach der Tat unbemerkt durch die von der nordirischen Polizei, den britischen Streitkräften und deren SAS Spezialorganisationen ausgeübten Grenzkontrolle in die Republik zu gelangen. Obwohl die Möglichkeit theoretisch bestände, lägen Hinweise weder dafür vor, dass sich IRA-Terroristengruppen von der Republik in den Norden und wieder über die Grenze zurück begeben noch dafür, dass die Republik für den Transport von Waffen und Explosionsmaterial nach Nordirland missbraucht werde. Was die Republik als "sicherer Hafen" betreffe, sei es Irland, das auch die Terrorismus Konvention des Europarates nicht habe unterzeichnen können, nicht möglich, politische Verbrecher auszuliefern, da dies verfassungswidrig wäre. Im Jahre 1973 sei jedoch ein Gesetz erlassen worden,

aufgrund dessen Bürger der Republik, die in Nordirland ein Verbrechen begingen und in den Süden flüchteten, hier abgeurteilt werden, sofern den irischen Gerichten das nötige Beweismaterial beigebracht werde. Bisher habe jedoch nur eine einzige Person auf diese Weise in der Republik abgeurteilt werden können, womit die britischen Thesen klar widerlegt werden. Der Sprecher des Aussenministeriums produzierte auch statistisches, auf die irisch-britische Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane sich stützendes Material, um den Nachweis zu erbringen, dass die vom irischen Premier erwähnte obere Grenze von 2 % aller Terrorakte, die in direktem Zusammenhang mit der Republik gebracht werden können, durchaus stimme.

Von besonderer Wichtigkeit seien die im Zug der britisch-nordirisch-irischen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im Grenzgebiet im Jahre 1974 neu geschaffenen, aus Sicherheitsorganen von Nordirland und der Republik zusammengesetzten gemischten Komitees, die praktisch wöchentliche Sitzungen abhalten. Die vier Polizeikomitees, die von diversen zivilen Gruppen unterstützt würden, befassten sich mit 1. der Nachrichtenübermittlung über die Grenze, 2. der gegenseitigen Information über Waffen und Sprengstoffe, 3. der gemeinsamen Planung zur Verhütung voraussehbarer Terrorakte, 4. dem Aufspüren von Waffen- und Sprengstoffdepots.

Mit dem Hinweis, dass Sicherheitsvorkehrungen jedweder Art nur in einem entsprechenden politischen Rahmen die gewünschten Erfolge bringen könnten, streifte X dann noch das eingangs erwähnte Radiointerview von Ministerpräsident Lynch. Er habe nichts Neues gesagt, sondern nur die Vorschläge für die Weiterführung der Nordirland Politik mit dem Fernziel einer auf friedlichem Weg herzustellenden Wiedervereinigung wiederholt. (Dies trifft wohl zu, mit der Ausnahme jedoch der erstmaligen, allerdings rein hypothetischen Erwähnung einer Amnestie für IRA-Angehörige. Diese spekulative Äusserung wurde von den nordirischen Unionisten als indirekte Ermunterung der IRA verurteilt. Keine der beiden führenden Parteien der Republik könnte es sich natürlich leisten,

die friedliche Wiedervereinigung der beiden Teile der Insel aus ihrem Parteiprogramm zu streichen. Währenddem die im vergangenen Sommer weggewählte Fine Gael/Labour Koalitionsregierung nach dem Sunningdale Fiasko gegenüber Nordirland auf eine den gegebenen Realitäten besser Rechnung tragende diskrete Politik der kleinen Schritte übergegangen war, scheint die Fianna Fail Regierungspartei unter Premierminister Lynch gewillt, eine dynamischere, mehr nationalistisch-republikanische Nordirland Politik zu betreiben.)

Abschliessend führte X das Schlusscommuniqué der Besprechung der Premiers Lynch/Callaghan im September 1977 an, in dem ausdrücklich die gegenseitige Genugtuung über das gute Funktionieren der gemeinsamen Sicherheitsmassnahmen ausgedrückt worden sei. Da von britischer Seite seither keinerlei Beanstandungen gemacht worden seien, sei Irland im Glauben gewesen, dass sich diese zufriedenstellende Situation nicht verändert habe. Das erste Anzeichen, dass dies nicht zutreffe, sei eine Note gewesen, die der britische Botschafter etwa eine Stunde vor Beginn der Sicherheitsdebatte am 6. März im Unterhaus im Aussenministerium übergeben habe. Deren Inhalt entspreche im Grossen und Ganzen den von Staatssekretär Mason dann erhobenen Vorwürfen. Von irischer Seite könne ein mehreres in der Mithilfe zur Bekämpfung des IRA-Terrors nicht geleistet werden, die Republik stehe gut und mit reinem Gewissen da. Sollte in der Zusammenarbeit doch noch Mängel bestehen, wäre Irland bereit, jederzeit mit Grossbritannien auf deren Wunsch über die Möglichkeit einer Verbesserung zu sprechen.

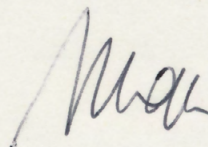
Abgesehen von der Begegnung der beiden Regierungschefs anfangs April in Kopenhagen, soll ein irisch-britisches Gespräch auf politischer Ebene gemäss X für die nahe Zukunft nicht vorauszusehen sein. Nach den letzten Pressemeldungen scheint es nun aber doch

- 5 -

allernächstens zu einem Besuch von Staatssekretär Mason bei Aussenminister O'Kennedy in Dublin kommen zu können.

X ersuchte die anwesenden Missionschefs, ihre Regierungen von der wiedergegebenen Reaktion Irlands zu unterrichten.

Der Schweizerische Botschafter

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Aman', written in a cursive style.

(Aman)